

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Belegpost monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
**Geschäftszeit** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6spaltige Zeitzeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 220.

Dresden, Montag den 22. September 1913.

24. Jahrg.

## Parteitag der Klärung.

Der Parteitag in Jena hat die in ihm gesetzten Erwartungen vollauf erfüllt. Er hat in eifriger Beratung eine Fülle wertvoller Parteiarbeit vollbracht. Seine Arbeit wird sicherlich günstige Wirkungen für die Entwicklung der Sozialdemokratie und das Wohl der deutschen Arbeiterklasse zeitigen.

Es ist mit Beugung festzustellen, daß die Meinungsverschiedenheiten in tatsächlichen Fragen, die innerhalb unserer Partei zum Austrag gebracht werden mußten, in wohlthuend kameradschaftlicher Art behandelt worden sind. Die Debatten nahmen oft einen lebhaften, ja leidenschaftlichen Gang, aber sie blieben stets sachlich und würdevoll. Auf allen Seiten war das Bewußtsein der Verantwortlichkeit lebendig, die der Vertretung von vielen Millionen des deutschen Volkes geziemend. Jeder suchte seine Auffassung mit Nachdruck zu vertreten, aber jeder stand auch dem anderen die beste Absicht zu, dem Parteigangenen nützen zu wollen. Darum ist denn auch als Ergebnis dieser Debatten zu verzeichnen, daß die Partei jetzt wiederum so einig und geschlossen wie nur je im Kampf gegen die feindlichen Gewalten steht.

Die Gegner der Arbeiterklasse hatten neuerdings, wie schon so oft, sich mit geringen Hoffnungen auf die Selbstzerstückelung der Sozialdemokratie getraut. Mit August Bebel's Tode, so dachten sie, werde die einigende Kraft verloren gehen, werde der innere Haß überhandnehmen und der Zerfall der großen, ihnen so sehr verhassten Partei eintreten. Diese Hoffnungen sind in Jena gründlich enttäuscht worden. Die deutsche Sozialdemokratie geht aus ihrem dritten Jenaer Parteitag innerlich gefestigt und gestärkt hervor. Nicht einzelne Persönlichkeiten bedingen die Einheit und die Kraft der Partei, sondern die Kräfte der gesamten sozialistischen Entwicklung und die Notwendigkeiten des Klassenkampfes der Arbeiter gegen den Kapitalismus.

Der Parteitag hat in wichtigen Fragen, die in der jüngsten Zeit heiß umstritten wurden, volle und erfreuliche Klärung geschaffen. Allerdings ist in der Frage des politischen Massenstreiks sowie in der Steuerfrage eine volle Einmütigkeit des Parteitages nicht erzielt worden. Eine Minderheit, die etwa ein Drittel des Parteitages umfaßt, hat eine von der großen Mehrheit abweichende Haltung eingenommen. In der Massenstreikfrage haben erfreulicherweise die meisten aus der Seite der Minderheit stehenden Delegierten, nachdem ihre eigene Anschauung nicht durchgedrungen war (Ablehnung der Resolution Luxemburgs), auch für die vom Parteivorstand vorgelegte Resolution gestimmt. In der Steuerfrage aber ist der Gegensatz in größerer Schärfe geblieben: Die inoffizielle Zweidrittelmehrheit des Parteitages sprach der Reichstagsfraktion für ihre Stellungnahme zu den Besitzsteuern Billigung und Vertrauen aus, während sich die Minderheit dazu nicht entschließen mochte.

Es mag sein, daß einzelne Parteigenossen und einzelne Parteiblätter selbst noch nach diesem Parteitag, wie sie es zuvor reichlich taten, davon reden werden, daß der „Opportunismus“, der „Revisionismus“, der „Reformismus“ die Partei auf die „schlechte Ebene“ führten. Tatsächlich aber hat gerade der Parteitag in Jena überdeutlich erwiesen, wie töricht all solche Gespenstergeschichten sind. Wer wollte wohl den Widerstand annehmen, daß nun mit einem Male die große Zahl der bewährtesten Parteimitglieder, die Delegierten der großen Parteivororte Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Dresden und anderer Städte, ihre bisherigen Grundanschauungen preisgegeben und sich zu einer „neuen Linie“ bekehrt hätten! Dies ist keineswegs der Fall. Die Beschlüsse des Parteitages stehen durchaus im Einklang mit der bisherigen Linie der Partei.

Freilich ist es unüberwindlich und sogar unbedingt notwendig, daß die Grundregeln der Linie nicht zu starren Formeln werden, die das Leben erdrossen, sondern daß sie sinngemäß auf sich verändernde und neu werdende politische Situationen Anwendung finden. Dieser Ansicht, so hoffen wir, werden sich auch die Mitglieder der Partei auf die Dauer nicht verschließen, die in Jena noch als Minderheit Widerstand gegen das Letztgenannte, was doch durchaus durch den Lauf der politischen Entwicklung und durch das Wohlwerden der Arbeiterbewegung bedingt ist. Wir wünschen sehr, daß die Parteimitglieder der Minderheit sich nicht nur aus Disziplin den Mehrheitsbeschlüssen fügen werden, sondern daß sie zur Erkenntnis vor der Minderheit und Heiligkeit der gefassten Beschlüsse gelangen. Damit wird die sehr große Bedeutung, die dem Parteitag in Jena 1913 für die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zukommt, noch weiter gesteigert werden.

Wenn die Partei ganz einmütig sich zu den Beschlüssen von Jena bekennt und ihnen gemäß ihre Politik führen wird, dann wird der Einfluß der Arbeiterklasse auf die Gestaltung der deutschen Zukunft wachsen. Dann wird es in absehbaren Tagen möglich werden, die absolutistischen Mächte entscheidend zu schlagen, der Demokratie und dem Sozialismus eine breite und freie Bahn zu öffnen.

Von guter Vorbedeutung für die kommende Zeit ist insbesondere auch der Verlauf der Neuwahl für die Parteileitung.

Allerdings ist gerade der Dresdner bezw. der ostfälische Parteibeirat in einem Einzelfalle nicht angenehm betroffen worden. Es war nach unserm Empfinden nicht freundschaftlich gehandelt, daß der Dresdner Vorschlag, an Stelle unseres Genossen Staben einen Dresdner Genossen zum Mitglied der Kontrollkommission zu bestellen, von Leipzig aus, ohne daß ein zwingender Anlaß vorlag, durch die Gegenkandidatur des Genossen Meyer bekämpft wurde. Nachdem aber ein seltener Zufall es fügte, daß beide Kandidaturen die gleiche Stimmenzahl auf sich vereinigten, und nachdem das Los für Leipzig entschieden hat, werden wir Dresdner uns ohne Groll mit diesem Zwischenfall abzufinden wissen.

Zu Vorsitzenden der Partei wurden die Genossen Hugo Haase und Friedrich Ebert gewählt. Die an Einmütigkeit reichende Stimmenzahl, mit der beide vom Parteitag gewählt wurden, bietet einen neuen erfreulichen Beweis, wie geringfügig im letzten Grunde die Differenzen in der Partei sind. Die einmütig erfochtenen Vorstehenden aber geben die sichere Gewähr, daß sie, soweit es an ihnen ist, ihr Bestes einsetzen werden, um die Einheit und Einigkeit der Partei zu erhalten und zu fördern. Wenn sie so handeln, dann werden sie ihr Teil dazu beitragen, um die Partei über die unerfreulichen Verluste hinwegzuführen, die der Tod der großen Führer ihr geschlagen hat.

Der Parteitag in Jena hat gute Arbeit getan — mögen nun unsere Parteigenossen und Parteigenossinnen im ganzen Reich, gestützt auf die Arbeit des Parteitages, mit frischen Kräften an ihre Tätigkeit gehen, die Massen des Volkes aufzurufen und aufzuklären, unsere Kampfstrategien zu erweitern und zu stärken. Damit wird unsere Partei in den Stand gesetzt werden, zuversichtlich den Kämpfen der Zukunft entgegenzugehen und ihre weltgeschichtliche Mission zu erfüllen!

## Nichts gelernt in 25 Jahren!

Die Stützung der bürgerlichen Pressestimmen über den Parteitag von Jena bietet einen ungewöhnlich dürftigen Beitrag. Ein Versuch, irgendwie tiefer in die Probleme der politischen Arbeiterbewegung einzudringen und sich sachlich mit ihnen auseinanderzusetzen, ist nirgends zu finden. Den Gegnern, Konterpartnern wie Liberalen, ist es auch gar nicht darum zu tun, die Tatsachen kennen zu lernen, sondern vielmehr nur darum, sie so zurechtzubiegen, daß sie zur Verteidigung der von ihnen bisher betriebenen Politik verwendet werden können.

Im das Stichwahlabkommen von 1912 und die Ablehnung scharfmacherischer Experimente vor englischen Gemütern zu rechtfertigen, führt die fortschrittliche Presse fort, den Jenaer Parteitag durch ihr Lob zu kompromittieren. Besonders eifrig zeigt sich darin die Hoff. Ztg., die in ihrer Schlussbetrachtung über die „rote Woche“ u. a. schreibt:

Vorerst ist das Ergebnis der roten Woche, daß die Radikalen bestigt sind, d. h. machen, daß sie noch nicht die Kraft gefunden haben, sich zu neuem Kampf zu sammeln. Diese Tatsache wird ihre weitere Wirkung auf die Haltung der Mehrheit schwerlich verfehlen. Waren auch bei den Verhandlungen und Abstimmungen Revolutionäre und Revisionisten nicht immer streng getrennt, im ganzen hat doch die Sache der Revisionisten eine erhebliche Förderung erfahren, und ihr Selbstvertrauen und Siegesbewußtsein ist durch die Tage von Jena nicht wenig gestärkt worden.

In ähnlicher Weise äußert sich Paul Michaelis im Berliner Tageblatt, nur daß er im Gegensatz zu der vorsichtigeren bürgerlichen Zeitung offen seine praktischen Konsequenzen zieht, die auf ein Zusammenarbeiten der Liberalen mit der Sozialdemokratie im Kampf gegen die Reaktion hinauslaufen:

Man merkt es den reaktionären Parteien an, wie unbehaglich ihnen die neue Orientierung der Sozialdemokratie ist, und wie sie trotz der gänzlich veränderten Verhältnisse immer noch von einer Wiederholung der antisozialistischen Ausnahmefestsetzung träumen. . . . Damit wird auch dem entsetzten liberalen Teil des Bürgertums das taktische Zusammengehen mit der sozialdemokratischen Partei erleichtert, sei es, um den Einfluß der reaktionären Parteien auf Gesetzgebung und Verwaltung einzuschränken, sei es, um ein großes Ziel, wie das freie Wahlrecht für Frauen, in gemeinsamer Front durchzusetzen. Gerade weil die reaktionären Parteien den Stolz der Linken fürchten, deshalb klammern sie sich mit allen Organen an gelegentliche hyperbolische Äußerungen einzelner Mäler und Personen, und man muß zugeben, daß manche Kreise der Sozialdemokratie ihre Lebensaufgabe darin zu erblicken scheinen, einer ernstlichen Reformation der gesamten Linken immer neue Steine in den Weg zu werfen.

Es ist u. E. unrichtig, von einer neuen Orientierung der Partei und von gänzlich veränderten Verhältnissen zu sprechen. Die Vereinbarkeit der Sozialdemokratie mit den Liberalen oder wenn sonst immer in eine ernstliche Reformation einzu-

Die Reichseinnahmen im Monat August weisen ein ungünstiges Ergebnis auf.

In einem Selbstmord bei Halberstadt ereignete sich ein Unglück, bei dem zwei Arbeiter getötet wurden.

In die Breslauer Sittlichkeitskandalaffäre soll eine reichliche Zahl „angesehener Bürger“ verwickelt sein.

Der Eisenbahnerstreik in England ist beendet. In Dublin geht der Kampf fort.

Die serbischen Truppen haben alle wichtigen Positionen an der albanischen Grenze besetzt.

treten, besteht nicht erst seit gestern und ist nicht erst auf dem Jenaer Parteitag in Erscheinung getreten. War es doch feinerzeit Paul Singer, der die Parole ausgab, der preussische Wahlrechtskampf müsse Schulter an Schulter geführt werden mit allen, die das gleiche Ziel wollten, unbeschadet ihrer sonstigen parteipolitischen Zugehörigkeit. An dem ersten Willen der Sozialdemokratie, Bundesgenossen im Kampfe gegen die Reaktion zu gewinnen, hat es niemals gefehlt, solange es eine Sozialdemokratie gibt. Die Humilität, ihr wahres Wesen zu verleugnen und die Meinungsfreiheit in ihren Reihen einzuschränken, hat die Sozialdemokratie aber stets abgelehnt, und das wird sie auch in Zukunft tun.

Die schwarzblaue Presse, die die Vereinigung aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie propagiert, merkt das Ergebnis der Jenaer Tagung natürlich ganz anders. Sie erklärt es für unrichtig, daß der Revisionismus in Jena gefeiert habe, und versichert obendrein, der Revisionismus sei noch viel gefährlicher als der Radikalismus.

In diesem Sinne schreibt die Kreuzzeitung:

So sind Phantasien der Linken doch und nicht Tatsachen, daß der Jenaer Parteitag sich von dem Gedanken des Massenstreiks losgesagt habe. . . . Ja, der Massenstreikgedanke ist selber reaktionäres Urprogramm. In der deutschen Sozialdemokratie ist Massenstreik kein Bausatz, und in den Vorbergründen der politischen Diskussion der letzten Monate hat ihn Genosse Frank gefehlt, doch auch keiner von den Radikalen. . . . In der Massenstreikfrage standen beide Parteien ziemlich auf dem gleichen Standpunkt, die Spaltung ging auch nicht auf der alten Scheidelinie zwischen Radikalen und Revisionisten. Auch in der Steuerfrage fehlte dieser dringliche Gegensatz. So konnte der alte Haß nicht in dem Maße aufgehört werden, wie wir das früher erlebt haben.

Die Kreuzzeitung kommt aus alledem zum Schluß, daß jetzt erst recht alle Mittel der Staatsgewalt gegen die Sozialdemokratie mobil gemacht werden müßten:

Wer des Wahnes lebt, die Sozialdemokratie könne bei schonender Behandlung von selber ihre Stützlinie verlieren, der mag es mit ihrer jetzigen Behandlung versuchen, die ja, soweit die nationalliberale Partei in Betracht kommt, wohl als eine Versöhnungspolitik bezeichnet werden kann. Wer aber die reaktionäre Sozialdemokratie für gefährlicher hält als die revolutionäre, der wird denn doch zu stärkeren Mitteln greifen müssen. Die nationalliberalen Mäler. . . . brachten es kürzlich fertig, einen Artikel des Chefredakteurs des Leipziger Tageblatts, Dr. Westenberg, zu veröffentlichen, der da forderte, der Kampf gegen die Sozialdemokratie müsse auf ein höheres geistiges Niveau gebracht werden. Die Hauptsache im Kampfe gegen die Sozialdemokratie sei die anständige Haltung, die politische Leistungsfähigkeit der eigenen Partei. Daß wir doch in 25 Jahren so gar nichts gelernt haben! Diese Auffassungen waren es, die feinerzeit zur Aufhebung des Sozialistengesetzes geführt haben.

Das leitende Organ der konterbäuligen Partei ist also noch immer der Meinung, daß das Sozialistengesetz wieder einzuführen sei. Und solange dies nicht geschieht, wird es forscherfahren, die Haltung jener einzelstaatlichen Verwaltungen zu loben, die die Sozialdemokratie noch immer so behandeln, als bestände das Sozialistengesetz bis auf den heutigen Tag.

Der Streit der Gegner um den Jenaer Parteitag beweist nur, daß sie das Wesen der Sozialdemokratie noch immer nicht begreifen. Die einen wie die andern haben allen Grund, mit der Kreuzzeitung in den schmerzlichen Ruf einzustimmen: „Daß wir doch in 25 Jahren so gar nichts gelernt haben!“

## Briefwechsel zwischen Karl Marx und Friedrich Engels.

Erst erscheint in vier stattlichen Bänden der Briefwechsel zwischen Marx und Engels, die Begründer und Meister des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, in den Jahrzehnten ihrer geistigen Zusammenarbeit und Freundschaft miteinander geführt haben. Die Herausgabe dieser bedeutsamen Veröffentlichung besorgten unser verstorbener August Bebel und Eduard Bernstein. Wir werden noch weiterer Durcharbeit auf dieses Werk noch zurückkommen, das für die Geschichte des Sozialismus ebenso wichtig ist wie für die Erkenntnis der beiden bedeutenden Männer selbst. Im Vorwort wird folgendes ausgeführt:

Friedrich Engels, der treue Arbeiter und Kampfgenosse von Karl Marx, hat die beiden Unterzeichneten zu Erben seines literarischen Nachlasses sowie des Briefwechsels zwischen ihm und Karl Marx eingesetzt. Wir übergeben diesen Briefwechsel, der sich über ungefähr vier Jahrzehnte erstreckt, nunmehr der Öffentlichkeit. Er wird in den vorliegenden Bänden bis auf Unwesentliches und Unvollständiges,